



Inhaltsverzeichnis

| | |
|---------------------------------------------------------------------------|-----------|
| NACHRICHTEN | 2 |
| Baden: Ja zur Trauung Homosexueller stößt auf scharfe Kritik | 2 |
| Roland Werner: Gastfreundschaft ist eine christliche Grundtugend | 3 |
| Rekowski: Religionsfreiheit von Muslimen nicht einschränken | 4 |
| Chinas Präsident warnt vor Unterwanderung durch religiöse Einflüsse | 5 |
| WDR würdigt baptistisches „Liebe ohne Zwang“-Programm | 6 |
| Christen, kommt in die Kommunalpolitik! | 6 |
| Landesgartenschau: 400 von 2.000 Veranstaltungen sind kirchlich | 7 |
| Heilsarmee kümmert sich um obdachlose Transgender-Frauen | 8 |
| MEDIEN | 9 |
| Gebets-App informiert tagesaktuell über neue Anliegen | 9 |
| VON PERSONEN | 10 |
| Uwe Heimowski wird neuer „Cheflobbyist der Evangelikalen“ | 10 |
| „Wir spüren, dass es eine große Not unter Polizisten gibt“ | 11 |
| KOMMENTARE | 12 |
| Die gereimte Sauerei des Herrn B. | 12 |
| Das Osterchaos im Norden | 13 |
| PORTRÄT | 15 |
| Hoffnung für verstrahlte Kinder | 15 |

NACHRICHTEN

**Baden: Ja zur Trauung Homosexueller stößt auf scharfe Kritik
Gegner: Beschluss der badischen Landessynode „verstößt gegen die Bibel“**

Karlsruhe (idea) – Auf scharfe Kritik theologisch konservativer Gruppen ist der Beschluss der badischen Landessynode vom 23. April gestoßen, gleichgeschlechtliche Partnerschaften kirchlich zu trauen. Seit 2003 galt in Baden die Regelung, dass die geistliche Begleitung solcher Lebensgemeinschaften in der Seelsorge stattfindet. Die nun viel weitergehende Trauung wird als Amtshandlung auch ins Kirchenbuch eingetragen. Lehnt der zuständige Pfarrer diese Trauung ab, muss der Dekan einen anderen Seelsorger mit dem Gottesdienst beauftragen. Gemeindeleitungen dürfen homosexuellen Partnern aber aus Gewissensgründen die Benutzung einer Kirche für eine Trauung nicht verbieten.

ChristusBewegung Baden: Bleiben die Bibeltreuen in der Landeskirche?

Die ChristusBewegung Baden bedauert die Entscheidung. Sie breche fundamental mit dem „klaren Zeugnis der Bibel“. Dies gelte nicht nur für das Eheethos, sondern auch für die Lehre vom Menschen, sagte deren Vorsitzender, Pfarrer Lothar Mößner (Schriesheim bei Heidelberg), auf Anfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur idea. „Mit diesem Beschluss stellt sich die Synode gegen geltende Überzeugungen in der weltweiten Ökumene, und sie stößt Tausende von engagierten Gemeindegliedern in badischen Kirchengemeinden vor den Kopf.“ Man werde prüfen, welche Konsequenzen daraus zu ziehen seien, und hoffe, dass dem von Landesbischof Jochen Cornelius-Bundschuh angekündigten engen Austausch mit Andersdenkenden in dieser Frage „belastbare Gespräche folgen“. Noch sei nicht klar, ob die bibeltreuen Hauptamtlichen und Gemeindeglieder ihre „geistliche Heimat“ in der Landeskirche behalten könnten.

„Homo-Ehe“ nicht gleichwertig mit traditioneller Ehe

Der Vorsitzende des badischen Pfarrerinnen- und Pfarrer-Gebetsbundes, Günther Wacker (Keltern bei Pforzheim), sagte gegenüber idea, biblisch-theologisch könne eine gleichgeschlechtliche Partnerschaft nicht als gleichwertig mit der traditionellen Ehe legitimiert werden. Wacker zufolge muss in der evangelischen Kirche dringend die Frage nach dem Schriftverständnis und der Wertigkeit des biblischen Zeugnisses als Grundlage von Leben und Lehre geklärt werden. Dass dies aber ausgerechnet an dem hochsensiblen Thema der ethischen Bewertung gleichgeschlechtlicher Liebe und Partnerschaft diskutiert werden müsse, sei bedauerlich.

„Netzwerk evangelischer Christen“: Der Beschluss wirft viele Frage auf

Für den Vorstandssprecher des „Netzwerkes evangelischer Christen in Baden“, Pfarrer Gerrit Hohage (Hemsbach bei Heidelberg), wirft der Beschluss eine Fülle von Fragen auf. Obwohl die Synode intensiv diskutiert und sich dabei auch auf die Bibel bezogen habe, sei die Anerkennung der „Gleichwertigkeit von verschiedengeschlechtlicher und gleichgeschlechtlicher Liebe“ mit „einer biblischen Theologie konservativer Prägung“ nicht zu vermitteln. Darum müsse geklärt werden, ob der Beschluss pragmatisch oder dogmatisch aufzufassen sei. Eine pragmatische Interpretation würde Gemeinden mit konservativ-biblischer Überzeugung die Freiheit erhalten,

das Leitbild Ehe und Familie auch weiterhin in der Landeskirche zu vertreten und auch zu leben. Eine dogmatische Lesart des Beschlusses würde die Gleichwertigkeit als Lehrsatz verstehen, der die ganze Landeskirche repräsentiert und dem sich alle ihre Gemeindeglieder anschließen sollen.

Bekennniskreis Baden: Die Synode hat eine Fehlentscheidung getroffen

Pfarrer Rolf-Alexander Thieke (Uhltingen/Bodensee) vom Bekennniskreis Baden sprach von einer Fehlentscheidung, deren Verfallsdatum bei Gott schon heute gesichert sei. Für manche Befürworter des Beschlusses spielten Gefühle eine größere Rolle als die gewissenhafte Bindung an Schrift und Bekenntnis. Thieke: „Der Ruf nach ‚Umkehr‘ an die Kirchenleitung in Richtung auf solide reformatorische Botschaft, Ethik, Seelsorge und Katechetik ist unverzichtbar.“

(idea/25.04.2016)

Roland Werner: Gastfreundschaft ist eine christliche Grundtugend

250 Teilnehmer beim ersten christlichen Forum für Flüchtlingshilfe

Leinfelden (idea) – Gastfreundschaft gehört zu den christlichen „Grundtugenden“. Dazu zählt auch die Hilfe für Flüchtlinge. Diese Ansicht vertrat der Vorsitzende der Initiative proChrist, Roland Werner (Marburg), beim ersten christlichen Forum für Flüchtlingshilfe in der Bildungsstätte Bernhäuser Forst (Leinfelden-Echterdingen bei Stuttgart). Wie er vor den rund 250 Teilnehmern sagte, sind es in den wenigsten Fällen romantisches Fernweh oder Entdeckerfreude, die Menschen dazu bewegten, ihr Land zu verlassen. Vielmehr seien Kriege, Klimawandel und Dürren dafür verantwortlich. Die meisten Menschen flüchteten, weil sie ums Überleben kämpften. Aus der Bibel gehe klar hervor, dass Gott auf der Seite der Unterdrückten stehe. Auch Jesus habe dazu aufgefordert, sich den Fremden zuzuwenden (Matthäus 25,42). Nach Werners Worten ist es für Christen tröstlich zu wissen, dass „wir bei Gott die Heimat finden, die uns keiner mehr wegnehmen kann“. Deshalb sollten Christen die Freiheit haben, in Jesu Namen auch anderen Heimat zu bieten, so der Afrikanist, Theologe und Bibelübersetzer. Ein geeigneter Ort dafür seien Gottesdienste. Wo Gemeinden bereit seien, neue Gottesdienstformen auszuprobieren, könnten auch Menschen aus anderen Kulturen heimisch werden. In 15 Arbeitsgruppen erhielten die Teilnehmer Praxistipps und Anregungen für die Arbeit mit Flüchtlingen. Das Forum „Fremd sein – Freund sein“ wurde veranstaltet vom Evangelischen Jugendwerk in Württemberg, der Hoffnungsträger Stiftung in Leonberg und dem Institut für Migration, Integration und Islamthemen an der Akademie für Weltmission (Kornal bei Stuttgart).

(idea/25.04.2016)

Rekowski: Religionsfreiheit von Muslimen nicht einschränken

Kirchenleiter kritisieren islamkritische Aussagen der AfD scharf

Düsseldorf/Köln (idea) – In den beiden großen Kirchen hält die Diskussion um die „Alternative für Deutschland“ (AfD) an. Die Partei fordert im Entwurf für ihr Programm unter anderem ein Verbot von Minaretten und des Muezzinrufs. Darüber soll auf dem Bundesparteitag abgestimmt werden, der am 30. April und 1. Mai in Stuttgart stattfindet. AfD-Vorstandsmitglieder hatten zudem die Meinung vertreten, der Islam stelle eine „politische Ideologie“ dar. Der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Manfred Rekowski (Düsseldorf), kritisierte diese Aussagen scharf. Es gebe keine Rechtfertigung, Muslime in Deutschland derart zu diffamieren. Er erklärte: „Wir werden jedem Angriff auf die Religionsfreiheit entschieden entgegentreten. Egal welche Religion es trifft und egal wo in der Welt Menschen in ihren religiösen Überzeugungen verletzt werden.“ Jeder Glaube sei keine bloße Privatsache, sondern wirke auch in den öffentlichen Raum hinein. In seinem Präsesblog schrieb Rekowski am 23. April ferner, dass die Differenzierung zwischen „Islam und Islamismus, zwischen Religion und deren Perversion“ derzeit in Deutschland nicht immer gelinge. Wer die Religionsfreiheit infrage stelle und damit Hand ans Grundgesetz lege, schneide sich am Ende ins eigene Fleisch. Rekowski: „Für mich ist das nun wahrlich keine Alternative für Deutschland.“

Erzbischof: Wer Ja zum Kirchturm sagt, muss Ja sagen zum Minarett

Kardinal Rainer Maria Woelki vertrat in einem Beitrag für das Kölner Domradio am 24. April die Ansicht, dass die AfD eine der großen Weltreligionen „in gehässiger Absicht an den Pranger“ stelle. Moscheen seien genauso durch das Grundgesetz geschützt wie Kirchen, so der Kölner Erzbischof: „Wer ‚Ja‘ zu Kirchtürmen sagt, der muss auch ‚Ja‘ sagen zum Minarett.“ Die Wiege des Islams liege genauso wenig in Europa wie die des Christentums. Inzwischen seien aber beide Weltreligionen in einem „friedlichen Miteinander“ in Deutschland und Europa beheimatet: „Die Religion des Islams ist hier in Deutschland also genauso mit dem Grundgesetz vereinbar wie das Judentum oder das Christentum.“

AfD-Bundesvorsitzender: Friedfertige Moscheen werden nicht infrage gestellt

Eine andere Meinung vertrat der stellvertretende AfD-Bundesvorsitzende Alexander Gauland (Potsdam) in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ/Ausgabe 25. April). Der Islam sei eine politische Religion und als solche nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. Gleichzeitig könne man als gläubiger Muslim seine Religion privat ausüben, ohne dass der politische Überbau eine Rolle spiele. Der AfD-Bundesvorsitzende, der Wirtschaftsprofessor Jörg Meuthen (Kehl), sagte in dem FAZ-Interview, Muslime müssten ihren Glauben in Deutschland leben können. Dazu gehörten auch Moscheen: „Die stellen wir nicht infrage, solange sie friedfertig laufen.“ Wenn aber von Saudi-Arabien oder Qatar finanzierte Häuser neu gebaut würden, über die extremistische Strömungen nach Deutschland kämen, „dann wenden wir uns entschlossen dagegen“. Dem Islam wohne als Religion eine Gefahr inne, die andere Religionen so nicht hätten. Meuthen: „Nur sehr wenige Muslime sind Terroristen, aber nahezu aller Terrorismus jüngeren Datums hat einen islamischen Hintergrund.“ Es gebe durch die Bevölkerungsentwicklung eine „schleichende Islamisierung“. Er wolle aber, dass für seine Enkel das Geläut der Kirchenglocken das geistliche Geräusch sei und nicht der Ruf eines Muezzins.

(idea/25.04.2016)

Chinas Präsident warnt vor Unterwanderung durch religiöse Einflüsse „Müssen einer Infiltration durch ausländische Religionen unbedingt widerstehen“

Peking (idea) – Chinas Präsident Xi Jinping hat vor einer Unterwanderung seines Landes durch religiöse Einflüsse von außen gewarnt. „Wir müssen einer Infiltration durch ausländische Religionen unbedingt widerstehen“, sagte er einem Bericht der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua zufolge während eines Kongresses in Peking. „Extremisten“ dürfe es nicht erlaubt werden, ihre „Ideologien“ zu verbreiten. Offiziell garantiert die Verfassung des kommunistischen Landes Religionsfreiheit. Aber nur fünf religiöse Gruppen dürfen ihren Glauben unter Aufsicht des Staates ausüben – Buddhisten, Taoisten, Muslime, Katholiken und Protestanten. Allerdings hat die Regierung ihren antireligiösen Kurs in den vergangenen Monaten massiv verschärft. Religionsvertreter sollen künftig sogenannte Berechtigungsausweise erhalten, die ihnen die legale Ausübung ihrer Arbeit ermöglichen. Ziel ist es, so Menschenrechtsbeobachter, auf diese Weise die religiösen Gruppen im Land besser zu kontrollieren. Wer kein solches Dokument vorweisen könne, dem soll nach Vorstellung des Ministeriums für religiöse Angelegenheiten künftig die Ausübung seiner Religion untersagt werden.

Christin von Bulldozer bei lebendigem Leib begraben

Seit Jahresbeginn ließen Behörden unter anderem mehr als 1.700 Kreuze von Kirchen demontieren oder zerstören. Tragischer Höhepunkt war der Tod einer Christin Mitte April. Gemeinsam mit ihrem Mann, dem Leiter einer Hauskirche in Zhumadian in der Provinz Henan, hatte sie friedlich gegen den Abriss ihrer Kirche demonstriert und sich einem Bulldozer in den Weg gestellt. Daraufhin habe der Fahrer die beiden absichtlich in eine Grube gestoßen und sie mit Erde bedeckt. Während der Pastor sich befreien konnte, kam für seine Frau jede Hilfe zu spät. Die kommunistischen Behörden hatten die Zerstörung der Beitou-Kirche angeordnet, nachdem Pastor Li Jiangong und dessen Frau Ding Cuimei sich geweigert hatten, das Gebäude einem Stadtentwickler zu überschreiben. Für Beobachter und Menschenrechtler ist der jüngste Vorfall zum Sinnbild für den antikirchlichen Kurs der kommunistischen Regierung geworden. Nach Schätzungen leben in der fast 1,4 Milliarden Einwohner zählenden Volksrepublik China bis zu 130 Millionen Christen. Damit übertreffen sie die Zahl der 83 Millionen kommunistischen Parteimitglieder.

(idea/25.04.2016)

WDR würdigt baptistisches „Liebe ohne Zwang“-Programm

Netzwerk gegen Menschenhandel warnt vor der „Loveboy-Methode“

Köln (idea) – Als „einzigartig“ hat der Westdeutsche Rundfunk (WDR/Köln) in seiner Sendereihe „Frau TV“ das Projekt „Liebe ohne Zwang“ des Netzwerks gegen Menschenhandel im Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden bezeichnet. Es sei deutschlandweit das einzige Vorbeugungsprogramm, das Mädchen davor warne, in die Hände skrupelloser Zuhälter zu fallen. Es werde vor allem an Schulen eingesetzt. Bei der „Loveboy-Methode“ täuschen Männer Mädchen die große Liebe vor, um sie von sich abhängig zu machen und in die Prostitution zu zwingen. Wie die Koordinatorin des Programms, Tabea Dorka (Berlin), in der Sendung erläutert, nehmen soziale Netzwerke im Internet – etwa Facebook – eine Schlüsselrolle ein. Die Zuhälter versuchten, über Schmeicheleien in Kontakt mit den Mädchen zu treten. Dass das funktioniert, demonstrierte das Netzwerk in Absprache mit der jeweiligen Schule durch einen simulierten Facebook-Auftritt. Ein attraktiver junger Mann erschleiche sich das Vertrauen bei Schülerinnen der Klassen, in denen man das Programm vorstelle. Er gebe beispielsweise vor, ihr Foto zu bewundern. Meist Sorge es anschließend für großes Erstaunen, wenn sich zeige, dass einige Schülerinnen dem „Loveboy“ fast auf den Leim gegangen wären. Das Netzwerk gegen Menschenhandel beschäftigt drei hauptamtliche Mitarbeiterinnen. Es wurde von der Baptistenpastorin Christine Schultze (Gelsenkirchen) gegründet. Das Programm „Liebe ohne Zwang“ gibt es seit 2014. Bisher haben über 2.000 Schülerinnen daran teilgenommen. Das Netzwerk hat 200 Mitglieder.

(idea/25.04.2016)

Christen, kommt in die Kommunalpolitik!

Bürgermeister beteten im Eutiner Rathaus

Eutin (idea) – Christen sollten sich verstärkt in der Kommunalpolitik engagieren. Dazu hat die 2002 gegründete „Initiative christlicher Bürgermeister und Landräte“ aufgerufen. Sie traf sich vom 20. bis 24. April mit 14 Teilnehmern im Rathaus von Eutin (bei Lübeck), um füreinander zu beten und sich auszutauschen. Wie ihr Sprecher Günter Thonfeld (Seevetal bei Hamburg) der Evangelischen Nachrichtenagentur idea sagte, will die Initiative christliche Politiker vernetzen und Christen ermutigen, sich in Städten und Gemeinden politisch einzubringen. Die Kommunalpolitik verfüge im Vergleich zur Landes- oder Bundespolitik über besondere Reize: „Hier gibt es die unmittelbare Wirksamkeit dessen, was man beschließt.“ In der Entwicklung von Städten und Dörfern spielten Parteiinteressen eine geringere Rolle. Es gehe meist um praktische Fragen, die gelöst werden müssten. Allerdings stehe man als Bürgermeister oft in der Kritik. „Wenn etwas schief läuft, ist man für alles verantwortlich“, so Thonfeld. Bürgermeister würden selten gelobt und oft infrage gestellt. Der christliche Glaube bedeute dabei eine enorme Stärkung: „Als Christ kann ich vergeben und so auch zur Versöhnung unter den Menschen beitragen.“ Von den Gemeinden und Kirchen wünsche er sich vor allem Gebet: „Christliche Politiker brauchen die Fürbitte.“ Thonfeld war von 1992 bis 2004 parteiloser Bürgermeister von Quickborn (bei Norderstedt). Heute ist er für die CDU ehrenamtlich stellvertretender Vorsitzender des Gemeinderats von Seevetal. Er ist Mitglied der freikirchlichen Anskar-Gemeinde in Hamburg.

(idea/25.04.2016)

Landesgartenschau: 400 von 2.000 Veranstaltungen sind kirchlich

Eutin: Im Mittelpunkt steht ein „Garten am frischen Wasser“

Eutin (idea) – Bei der diesjährigen Landesgartenschau in Eutin vom 28. April bis 3. Oktober werden rund 400 der etwa 2.000 Veranstaltungen von den beiden großen Kirchen und zwei freikirchlichen Gemeinden verantwortet. Unter dem biblischen Motto „Wie ein Baum am Wasser gepflanzt“ laden sie zu ihrem sogenannten „Garten am frischen Wasser“ ein. Auf dem 2.000 Quadratmeter großen Gelände am Ufer des Eutiner Sees können Gäste Gottesdienste unter freiem Himmel, Konzerte oder Gesprächsrunden besuchen. Ein zentrales Angebot bildet ein Pilgerweg. Auf einem Rundgang mit sieben Stationen können die Spaziergänger über Bibelworte nachdenken. Die Leitung der kirchlichen Angebote liegt beim Kirchenkreis Ostholstein der Evangelischen-Lutherischen Kirche in Norddeutschland (Nordkirche). Wie der Propst des Kirchenkreises, Peter Barz (Eutin), sagte, bietet der „Garten am frischen Wasser“ die Möglichkeit, die kirchlichen Angebote in einem „neuen Kontext“ kennenzulernen.

Arche zum Anfassen

Mit einem ungewöhnlichen Projekt werden die Freie evangelische Gemeinde und die pfingstkirchliche „Leuchtfeuer-Gemeinde“ auf den christlichen Glauben hinweisen. Ihr Angebot ist eine 15 Meter lange, viereinhalb Meter hohe und vier Meter breite „Arche“ aus Holz. Auf zwei Etagen stehen Kindern verschiedene Angebote zum Basteln, Malen und Schminken zur Verfügung. Wie der Gemeindeleiter der Freien evangelischen Gemeinde, Hinnerk Tietjen (Eutin), der Evangelischen Nachrichtenagentur idea sagte, wollen sie somit auf spielerische Weise die biblische Geschichte von Noah und seiner Rettung durch Gott vermitteln. Die Arche wird vom 22. Juli bis 14. August geöffnet sein.

(idea/25.04.2016)

Heilsarmee kümmert sich um obdachlose Transgender-Frauen „Hamburger Spendenparlament“ unterstützt die Arbeit mit 7.000 Euro

Hamburg (idea) – Das Jakob-Junker-Haus der Heilsarmee in Hamburg erhält rund 7.000 Euro des Vereins „Hamburger Spendenparlament“. Mit diesem Geld können von April bis Oktober vier Schlafplätze in Wohncontainern für Transgender-Frauen bereitgestellt werden. Unter der Bezeichnung versteht man Menschen mit männlichen Geschlechtsmerkmalen, die sich als Frauen empfinden. Wie die Leiterin des Jakob-Junker-Hauses, Luise Schröder (Hamburg), der Evangelischen Nachrichtenagentur idea sagte, ist die Arbeit im November 2015 aus dem Winternotprogramm für obdachlose Männer entstanden. Schröder: „Wir haben damals die Menschen bekommen, die in keine Schublade passen.“ Mit dem Auslaufen des Winterprogramms Ende März habe auch die finanzielle Förderung der Stadt geendet. Damals habe sich die Frage gestellt, wo die Transgender-Frauen unterkommen könnten. „Diese Gruppe von Obdachlosen trifft es am härtesten“, so Schröder. Als Transsexuelle würden sie oft ausgegrenzt und seien vielfach Übergriffen ausgesetzt. Für die Heilsarmee sei es eine Ehrensache, sich um Betroffene zu kümmern. Schröder: „Wir gehen jedem Menschen nach.“ Durch Respekt und persönliche Annahme wolle man die Liebe Gottes erfahrbar machen. Das Hamburger Projekt sei aktuell das Einzige dieser Art in der deutschen Heilsarmee. Mit Beginn der Winterzeit hoffe man wieder auf eine finanzielle Unterstützung durch die Stadt Hamburg. Das Jakob-Junker-Haus bietet wohnungslosen Männern eine sozialpädagogisch betreute Unterbringung. Die Ursprünge gehen zurück auf das Jahr 1904. Damals vermachte der Fabrikant Jakob Junker (1849–1901) der Hamburger Heilsarmee ein Grundstück mit zwei Häusern, in denen obdachlose Männer übernachten konnten. Das heutige Jakob-Junker-Haus mit 67 Plätzen besteht seit 1977.

(idea/25.04.2016)

M E D I E N

Gebets-App informiert tagesaktuell über neue Anliegen**„Runder Tisch Gebet“ arbeitete bei der Entwicklung mit jungen Kopten zusammen**

Frankfurt am Main (idea) – Drei Monate nach ihrem Start wurde die App „Deutschland betet“ überarbeitet. Sie informiert nun tagesaktuell über Gebetsanliegen der Deutschen Evangelischen Allianz (Bad Blankenburg), des Hilfswerks für verfolgte Christen „Open Doors“ (Kelkheim bei Frankfurt am Main) und des Jugendkongresses „Christival“, der vom 4. bis 8. Mai in Karlsruhe stattfindet. Initiiert hat die Anwendung, die für Android- und Apple-Geräte erhältlich ist, der „Runde Tisch Gebet“ der Koalition für Evangelisation in Deutschland (früher: Lausanner Bewegung). Wie dessen Leiter Bernd Oettinghaus (Frankfurt am Main) der Evangelischen Nachrichtenagentur idea mitteilte, können auch andere evangelikale Werke sich an der Gebets-App beteiligen und ihre Anliegen einspeisen. Besonders am Herzen liegt Oettinghaus das „Christival“: „So sind die Beter mit dem größten Jugendkongress Deutschlands in diesem Jahr verbunden und helfen mit, das Ereignis geistlich zu tragen.“ Zum „Christival“ werden 13.000 Teilnehmer erwartet. Wer weder ein Smartphone noch einen Tablet-Computer besitzt, kann die Gebetsanliegen auf der Internetseite www.deutschlandbetet.de herunterladen und ausdrucken lassen. Laut Oettinghaus wurde die Gebets-App vom Jugendverband der Koptisch-Orthodoxen Kirche in Deutschland entwickelt, um Gebetsanliegen zur Christenverfolgung in Ägypten weiterzugeben. Die Jugendlichen seien bereit gewesen, ihre Idee dem „Runden Tisch Gebet“ zur Verfügung zu stellen und weiterzuentwickeln. „Die Zusammenarbeit war hervorragend“, so Oettinghaus. Er hofft, dass die Gebets-App dazu beiträgt, die Zahl der regelmäßigen Beter innerhalb der evangelikalischen Bewegung weiter zu erhöhen. Sie sei etwa 4.000-mal heruntergeladen worden.

(idea/25.04.2016)

VON PERSONEN

**Uwe Heimowski wird neuer „Cheflobbyist der Evangelikalen“
Wolfgang Baake war seit 1999 Beauftragter der Evangelischen Allianz in Berlin**

Gera/Berlin (idea) – Die Deutsche Evangelische Allianz bekommt einen neuen Beauftragten am Sitz des Bundestages und der Bundesregierung: Uwe Heimowski. Der 51-Jährige wird das Amt am 1. Oktober antreten, teilte der Geschäftsführende Vorstand der Allianz, die die theologisch konservative evangelikale Bewegung repräsentiert, am 25. April mit. Heimowski folgt auf Wolfgang Baake (65), der seit 1999 zunächst ehrenamtlich, seit 2014 hauptamtlich Allianz-Beauftragter in Berlin war. Er schied aus Altersgründen aus. Heimowski stammt aus Niedersachsen. Er machte zunächst eine Ausbildung zum Erzieher, studierte dann Theologie. Seit 2001 ist der verheiratete Vater von fünf Kindern Gemeindefereferent der baptistischen Gemeinde „G26“ in Gera. Seit 2009 ist er zudem mit einer halben Stelle Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Frank Heinrich (CDU). Heimowski ist Mitglied des Geraer Stadtrates. Er engagiert sich im Jugendarbeitskreis der Deutschen Evangelischen Allianz und in dem Ausschuss für die Durchführung ihrer Jahreskonferenz im thüringischen Bad Blankenburg.

(idea/25.04.2016)

„Wir spüren, dass es eine große Not unter Polizisten gibt“

Holger Clas ist neuer Vorsitzender der Christlichen Polizeivereinigung

Rehe/Hamburg (Idea) – Kriminalhauptkommissar Holger Clas (Hamburg) ist neuer Vorstandsvorsitzender der Christlichen Polizeivereinigung (CPV). Der 50-Jährige folgt auf Polizeihauptkommissar i. R. Hartmut Birx (Norken/Westerwald), der mit einer kurzen Unterbrechung seit 1984 an der Spitze stand. Clas ist seit rund 30 Jahren Mitglied der Vereinigung und seit drei Jahren ihr Pressesprecher. Die Wahl fand während des CPV-Bundestreffens vom 22. bis 24. April in Rehe (Westerwald) statt. Wie Clas der Evangelischen Nachrichtenagentur idea sagte, nimmt in Deutschland die Gewaltbereitschaft zu und der Respekt vor staatlichen Autoritäten ab. Der zweifache Familienvater kündigte an, dass sich die Vereinigung in Zukunft verstärkt um Polizisten kümmern werde, die unter belastenden Erfahrungen leiden: „Wir spüren, dass es eine große Not gibt. Viele Polizisten stehen unter einem starken Druck.“ Man werde in den kommenden Monaten in Zusammenarbeit mit Polizeipsychologen und Seelsorgern prüfen, wie das Angebot aussehen könnte. Die Vereinigung werde weiterhin Christen in der Polizei Mut machen, ihren Glauben zu leben und Kollegen christliche Werte nahezubringen. Dafür sei die „Polizeibibel“ sehr gut geeignet. Dabei handelt es sich um ein Neues Testament, das unter anderem um Erfahrungsberichte von Polizisten ergänzt wurde und über die Aufgaben der Polizeiseelsorge informiert. Seit 2006 habe man 41.000 Exemplare an interessierte Kollegen verteilt, so Clas. Aufgrund der großen Nachfrage sei eine fünfte Auflage in Planung.

Peter Hahne wurde zum Ehrenkommissar ernannt

Die Vereinigung ernannte ferner den Fernsehjournalisten und Bestsellerautor Peter Hahne (Berlin) zu ihrem Ehrenkommissar. Er kritisierte in seinem Vortrag, dass die Beamten zunehmend zum Spielball der Politik und zur Zielscheibe der Öffentlichkeit werden. Besonders in Stadtteilen mit hohem Ausländeranteil sei aus dem „Freund und Helfer ein Feind und Hassobjekt geworden, den man nach Belieben anpöbeln und anspucken kann“. Die CPV hat Verbindungen zu rund 4.100 Polizisten. Die Arbeit in den Regionen wird von knapp 370 aktiven Mitgliedern getragen. Ein Freundeskreis umfasst gut 1.500 Personen aus Politik, Wirtschaft, Kirchen und Kultur.

(idea/25.04.2016)

KOMMENTARE

Die gereimte Sauerei des Herrn B.

Der ZDF-Moderator Jan Böhmermann hat den türkischen Präsidenten mit Worten unter der Gürtellinie schwer beleidigt. Erdogan verlangt eine Bestrafung. Ist das ein Eingriff in die Meinungsfreiheit? Dazu ein Kommentar von Henning Röhl (Husum). Er war Chefredakteur von „ARD-aktuell“ (u.a. der „Tagesschau“). 1991 wurde er Fernsehdirektor des neu gegründeten Mitteldeutschen Rundfunks (MDR). 2001 baute er als Geschäftsführer Bibel.TV auf, dessen Leitung er Anfang 2013 abgab.

Die Aufregung um die Schmähkritik des Fernsehmoderators und Satirikers Herrn B. köchelt weiter. Manche sehen die Demokratie in Gefahr, beschwören pathetisch, die Meinungsfreiheit werde in Ketten gelegt, und nehmen das Ganze zum Anlass, auf die Kanzlerin einzuprügeln, weil sie dem Strafverlangen von Erdogan entsprochen hat. Sie sehen in dem Türken Erdogan einen neuen Dschingis Khan. Es ist wieder einmal die Hoch-Zeit der Heuchelei.

Eine Beleidigung bleibt eine Beleidigung

Worum geht es? Ein junger Zeitgenosse namens B. hatte im öffentlich-rechtlichen ZDF ein „Gedicht“ von sich gegeben, das nichts anders als eine gereimte Sauerei war. Wer es liest, ist entsetzt und zieht eher Rückschlüsse auf das psychopathologische Profil und die sexuelle Verklemmtheit des Autors als auf den angegriffenen Politiker. Nun sagen die Verteidiger, es war eine Satire und man müsse auf den Vor- und Nach-Text achten. Nein: Eine Beleidigung bleibt eine Beleidigung, auch wenn sie mit der Duftmarke „Satire“ versehen ist.

Versöhnen statt verhöhnen

Das ZDF hat angekündigt, seinem Mitarbeiter vollen Rechtsschutz durch alle Instanzen zu gewähren. Möglicherweise ist es dazu verpflichtet, weil es dieses Pamphlet ausgestrahlt hat. Denn das ist auch ein Skandal! Wieso kann Derartiges in einem öffentlich-rechtlichen Programm laufen? Ich habe einmal von einem früheren Intendanten gelernt, Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sei es, „Minderheiten mit Mehrheiten zu versöhnen“. Verhöhnen ist aber das Gegenteil von versöhnen. Und in einer – zugegeben etwas älteren – Verlautbarung der Pressestelle des WDR finde ich den Satz: „Der WDR ist als öffentlich-rechtliche Anstalt den Prinzipien der Objektivität, Wahrheit und Fairness in besonderem Maße verpflichtet.“ Was hier bürokratisch ausgedrückt wird, lässt sich viel einfacher mit den Worten der Bibel sagen: „Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten.“ Wir verstoßen häufig gegen dieses 8. Gebot. Oft auch ohne es zu wollen. In manchen Sendungen, die unter dem Deckmantel der „Satire“ daherkommen, wird es bewusst immer wieder verletzt. Da wird beleidigt und diffamiert, um fragwürdiger Effekte willen, werden Tatsachen verdreht und Bösarbeiten verschleudert. Der Herr B. hat ein krasses Beispiel dafür abgeliefert. Es ist nicht alles erlaubt, was gesendet wird. Freiheit und Verantwortung sind miteinander verbunden wie siamesische Zwillinge.

Die gesellschaftliche Verrohung

Für mich gibt es aus dem aktuellen Fall noch eine besondere Lehre: Hier werden Ausdrücke wie selbstverständlich gebraucht, als gehörten sie zur Alltagssprache. Und für viele gehören sie ja leider längst dazu. Die verbale Schamgrenze ist gesunken, die Intimsphäre wird öffentlich, und

die sprachlichen Autoritäten fallen wie die gesellschaftlichen. Die Synode einer Landeskirche hat unlängst die „gesellschaftliche Verrohung“ beklagt. Zu Recht. Sie beginnt bei der sprachlichen Verwahrlosung und Schamlosigkeit. „Als Christ muss ich das aushalten“, sagte Margot Käßmann zum „Gedicht“ des Herrn B. Nein, das will und muss ich nicht! Es wird Zeit, dass der falsch verstandenen „Freiheit eines Christenmenschen“ Grenzen aufgezeigt werden. Das schamlose Verhalten des öffentlich-rechtlichen Herrn B. sollte Anlass genug sein.

(idea/25.04.2016)

Das Osterchaos im Norden

Eine Osterbotschaft des obersten deutschen Lutheraners – Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland, Gerhard Ulrich (Schwerin) – sorgte für Kritik, Ärger und Chaos.

Von idea-Leiter Helmut Matthies (Wetzlar)

Christen gibt es allein deshalb, weil etwas weltweit Einmaliges geschah: Vor rund 2.000 Jahren stand nach drei Tagen ein Toter wieder auf und wurde allein von mehr als 500 Männern (so Paulus in 1. Korinther 15) lebend gesehen. Der Apostel hat recht: Ohne die leibliche Auferstehung von Jesus wäre alle Hoffnung auf ein ewiges Leben umsonst. Eine Kirche, die sie leugnete, wäre wie ein Mensch ohne Herz, also tot. Von daher ist die Aufregung zu verstehen, als der Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland, Gerhard Ulrich (Schwerin), in der Evangelischen Zeitung (EZ) für Schleswig-Holstein und Niedersachsen in der Ausgabe vom 27. März auf der Titelseite u. a. schrieb: „Jesus, der Gottesmann und Meister, ist tot ... Aber das, was in ihm göttlich war, seine Sache, seine Leidenschaft für das wahre Leben, das ist mitnichten tot. Es lebt – wenn sie, die Nachfolger und Nachfolgerinnen, es wollen.“

An was glaubt nun der Landesbischof wirklich?

Muss man dies nicht als Leugnung der leiblichen Auferstehung von Jesus verstehen? So sehen es jedenfalls zahlreiche Leser, Bekennende Gemeinschaften in der Nordkirche bis zu Sachsen, von der Kirchenzeitung „Der Sonntag“ bis hin zu einer atheistischen Initiative vom Bodensee. Als ich den Text erstmals las, fragte ich mich spontan, ob hier nicht ein alter Bultmann-Text eingeschmuggelt wurde. Auf jeden Fall erschien es mir unvorstellbar, dass Landesbischof Ulrich der Verfasser sein könnte, zumal er auch Leitender Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) ist, also der Repräsentant von fast 10 Millionen lutherischen Christen in der EKD. Doch ein Vergleich mit dem Internetangebot der Nordkirche ergab: Auch hier stand die gleiche hochproblematische Passage. Auf Kritik antwortet die Pressestelle, selbstverständlich glaube der Bischof an die Auferstehung. Doch wirklich der leiblichen? idea hakt bei der Pressestelle nach. In der Antwort heißt es, der Text sei keine dogmatische Abhandlung gewesen, sondern nur eine Bildbetrachtung. Doch die Kirchenzeitung im Norden hatte getitelt: „Eine Osterbotschaft von Landesbischof Ulrich“. Und auf der Internetseite der Nordkirche stand bereits am 23. März – ganz ohne Bild – das Gleiche.

Warum antwortet der Landesbischof nicht?

Um die Widersprüche zu klären, bittet idea nun am 5. April den Landesbischof um ein kurzes Interview. Trotz Wiederholung am 12. April ist der Landesbischof bis heute (25. April) nicht darauf eingegangen. Stattdessen antwortet wieder seine Pressestelle und weist im Blick auf den EZ-Artikel darauf hin, dass der Landesbischof bei der Generalversammlung des Zentrums für Mission und Ökumene am 8. April in Breklum nun „Missverständnisse“ und „Irritationen“

eingräumt und festgestellt habe: „Das leere Grab am Ostermorgen ist für mich eine Glaubensstatsache, die nicht zu leugnen ist.“ In der Evangelischen Zeitung vom 17. April – also drei Wochen nach dem verwirrenden Artikel – stellt er dies dann auch klar. Doch wie viele mögen in dieser Zeit durch die Bischofsworte im Kirchenblatt in ihrem Glauben verunsichert worden sein? Wie viele Kranke, Alte durch seine Botschaft in ihrer Hoffnung auf ein ewiges Leben ohne Tränen und Leid zu Ostern ohne Trost geblieben sein?

Am Krisenmanagement gibt es noch einiges zu verbessern

Wie konnte sich der Landesbischof so völlig gegensätzlich äußern? In der Kirchenzeitung wie ein Beerdigungsredner (Jesus lebt nur der Sache nach weiter) und in Breklum wie ein Osterbotschafter. Ein kurzes Interview oder wenigstens ein erklärender Anruf – und manches wäre vermutlich anders gelaufen. Am Krisenmanagement in der Nordkirche gibt es offensichtlich noch einiges zu verbessern.

(idea/25.04.2016)

P O R T R Ä T

Hoffnung für verstrahlte Kinder

Eberhardine Seelig sorgt dafür, dass krebskranke Kinder aus der Ukraine medizinisch behandelt werden und dabei die christliche Botschaft kennenlernen. idea-Redakteur Klaus Rösler stellt die 76-jährige Baptistin vor.

Vor 30 Jahren – am 26. April – explodierte in Tschernobyl in der Ukraine der 4. Block des Kernkraftwerks. Große Teile Europas wurden radioaktiv verstrahlt. Insgesamt sollen (laut „Focus“) eine Million Todesfälle auf das Reaktorunglück zurückzuführen sein. Bis heute gibt es jährlich Hunderte neue Kranke. In der Ukraine können sie zwar akut behandelt werden, doch eine Rehabilitation danach ist unbekannt. Seit 25 Jahren sorgt deshalb eine Rentnerin – Eberhardine Seelig aus Neumünster – dafür, dass in den Sommerferien 25 junge krebskranke Ukrainer in Schleswig-Holstein eine vierwöchige Kur erhalten. Die Stadt Neumünster stellt ihr dafür kostenlos eine Schule zur Verfügung. Die Klinik vor Ort ergänzt das Projekt mit Laborkontrollen und Medikamenten. Morgens steht Unterricht und Physiotherapie auf dem Programm, nachmittags gibt es Freizeitangebote. Seelig wirbt um Spender und sucht Helfer. Wichtig ist ihr, dass die Kinder, die alle bereits sterbenskrank waren, ihre Ängste bei Gott abladen können. In der Ukraine erledigt eine von ihr gegründete diakonische Organisation die Formalitäten wie Visa, die Anreise bis zum Flughafen in der Hauptstadt Kiew und die Auswahl der Kinder. Warum macht sie das alles? „Jesus will doch, dass wir für die Armen, Kranken und Schwachen sorgen“, sagt sie.

Als einzige Frau unter 1.000 Männern

Widerstände erlebt sie als Herausforderung. Sie war Gastschülerin auf einem Jungengymnasium und machte eine technische Ausbildung im Waggonbau der Kölner Verkehrsbetriebe – als einzige Frau unter 1.000 Männern. Dort lernte sie, sich durchzusetzen. Das half ihr später auch in der missionarischen Kinder- und Jugendarbeit. Als sie selber eine Familie hatte, unterstützte sie Menschen in Ausnahmesituationen – etwa Mädchen, die aus staatlichen Erziehungseinrichtungen geflohen waren, weil sie es dort nicht aushielten. In der Familie Seelig fanden sie ein Zuhause auf Zeit. Später wurde sie Verwaltungswirtin und spezialisierte sich zur Berufsberaterin bei der Bundesanstalt für Arbeit. Dort kümmerte sie sich auch um Schüler mit geistigen und körperlichen Behinderungen und junge Straftäter. Ein Projekt – bei dem sie Behinderte mit Gymnasiasten in Kontakt brachte – hatte weitreichende Folgen. Seelig sorgte dafür, dass beide Gruppen sich treffen konnten – im baptistischen Gemeindezentrum in Neumünster. Das war der Startschuss der „Teestube David“. Daraus wurde eine Jugendpflegeorganisation, die später den rechtlichen Rahmen für die Tschernobyl-Hilfe ergab.

Patenschaften für krebskranke Kinder

Der Reha-Aufenthalt für die Kinder aus der Ukraine wird ergänzt durch Patenschaften. Arme Familien, die sich notwendige Medikamente für ihre Kinder nicht leisten können, werden gefördert. Dass sich der Aufwand lohnt, sieht sie an der Vizepräsidentin ihres Hilfswerks in der Ukraine, Anna Momot. Als achtjährige Krebspatientin war sie selbst in Neumünster. Dadurch gewann sie neuen Lebensmut. Sie lernte sogar Deutsch. Seelig: „Immer wenn ich Anna treffe, weiß ich, dass die Arbeit nicht vergeblich ist.“

(idea/25.04.2016)